Abstract

Die Analyse nimmt die Arbeitssituation von Beschäftigen aus den EU-8-Staaten und den EU-2-Staaten in den Blick. Dazu werden zunächst die Daten- und Rechtslage untersucht und die Problemlagen der Arbeits- und Beschäftigungssituation von mobilen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern analysiert. Anschließend werden Möglichkeiten zur Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten diskutiert sowie Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten beschrieben. Darauf aufbauend werden vorhandene Beratungs- und Informationsangebote für mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hinsichtlich ihrer Zielgruppen, Zielsetzungen und Inhalte ausgewertet und offene Bedarfe formuliert. Zudem werden transnationale Kooperationen der Gewerkschaften vorgestellt und auf ihre Ausrichtung hin untersucht. Als Schlussfolgerung werden Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungssituation mobiler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entwickelt.

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit funktioniert in vielen Bereichen gut: Ein großer Teil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus Mittel- und Osteuropa arbeitet unter ähnlichen Bedingungen wie andere Beschäftigte in Deutschland. Sie erhalten den ihnen zustehenden tariflichen Lohn, arbeiten unter den gesetzlichen Arbeitsbedingungen und sind gut in Deutschland integriert.

In einigen Branchen wird – so das Ergebnis der Analyse – die Situation von mobilen Beschäftigten systematisch dazu genutzt, die Mindeststandards der Arbeitsbedingungen sowie herrschende Tarifsysteme zu umgehen. Dies kann vor allem in den folgenden Branchen beobachtet werden: Baugewerbe, Gebäudereinigung, Schlachtindustrie, Pflegeberufe, Hotel- und Gaststättengewerbe, Transport und Logistik sowie industrielle Dienstleitungen. In diesen Bereichen werden in zunehmendem Maße Stammbelegschaften ersetzt durch ungesicherte, flexible Arbeitskräfte, die häufig aus den östlichen EU-Staaten kommen, über wenig Verhandlungsmacht verfügen und schlecht über ihre Möglichkeiten auf dem deutschen Arbeitsmarkt informiert sind. Die Analyse zeigt, dass in Bezug auf die Beschäftigungsformen die größten Probleme beim Einsatz von grenzüberschreitender Leiharbeit, entsandten Beschäftigten, grenzüberschreitend tätigen Selbständigen (Scheinselbstständigen) und grenzübergreifenden Werkvertragsbeschäftigten beobachtet werden können.

Hintergrund für diese Situation ist sowohl die mangelnde rechtliche Absicherung der mobilen Beschäftigten, ihr fehlendes Wissen über ihre bestehenden Rechte und die daraus resultierenden Schwierigkeiten bei der Durchsetzung dieser Rechte.

Die Studie enthält verschiedene Empfehlungen. Besonders dringend erscheint die Überarbeitung der Entsenderichtlinie, die Ausweitung der Generalunternehmerhaftung und der Ausbau von Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten durch staatliche Behörden. Darüber hinaus könnte eine Anpassung der Vergabegesetze bei öffentlichen Aufträgen positive Auswirkungen auf die Situation auf dem Arbeitsmarkt haben.

Die Analyse zeigt außerdem, dass durch Mitbestimmung die Situation der Betroffenen verbessert werden kann, jedoch auch hier Umgehungstendenzen insbesondere durch den verstärkten Einsatz von Entsendeten oder durch den Ersatz von Stammbelegschaften durch Werkvertragsarbeitskräfte zu beobachten sind. Hier erscheint es notwendig, die Mitbestimmungsrechte dahingehend auszuweiten, dass die tatsächlich im Betrieb eingesetzte Belegschaft gegenüber dem Arbeitgeber auch vertreten werden kann.

Die Informations- und Beratungssituation für die Betroffenen ist davon gekennzeichnet, dass auf staatlicher Ebene vorrangig Angebote für langfristig Einwandernde geschaffen wurden. Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter, die kurzfristig zuwandern und deren Perspektive nicht unbedingt die einer langfristigen Integration auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist, fallen durch dieses Raster. Mit Beratungsstellen wie denen, die im Projekt Faire Mobilität aufgebaut werden, kann diesem Bedarf zum Teil begegnet werden. Insgesamt wird auf Basis der Analyse in Bezug auf die Beratung von mobilen Beschäftigten eine deutliche Ausweitung in der Fläche und in der Tiefe empfohlen. Gleichzeitig erscheint es wichtig, Informationen für mobile Beschäftigte auf dem deutschen Arbeitsmarkt in adäquater Form und in verschiedenen Sprachen zu entwickeln und an den richtigen Stellen bereitzustellen. Dazu zählen auch Informationen, die mobilen Beschäftigten bereits in den Herkunftsländern in ihren Landessprachen zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere um dies zu erreichen, sollten bestehende transnationale Kooperationsbeziehungen zwischen den Gewerkschaften genutzt und ausgebaut werden.

Zur Autorin
Michaela Dälken studierte an der Universität Osnabrück Geschichte und Germanistik. Nach einer Tätigkeit beim Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) wechselte sie 2001 zum DGB Bildungswerk Bund, wo sie heute das Kompetenzzentrum Globale Mobilität und soziale Sicherheit leitet. Zudem hat sie einen Lehrauftrag an der Universität Osnabrück.